

04.07.91

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Planungen für
Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin
(Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz)

Punkt 17 der 633. Sitzung des Bundesrates am 5. Juli 1991

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat sieht die Notwendigkeit, zur Milderung der strukturpolitischen Folgen des Truppenabbaus auch in den alten Bundesländern eine zügige Umwandlung bisher militärisch genutzter Flugplätze in zivile Flugplätze zu ermöglichen. Dies ist dringend erforderlich, um den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Problemen in den vom Truppenabbau betroffenen Regionen entgegenwirken zu können. Nur eine schnelle Umwandlung der in Frage kommenden militärischen Flugplätze kann einschneidende Auswirkungen in den Regionen, insbesondere für die vom Truppenabbau betroffenen Arbeitnehmer, vermeiden.

...

Ausgeliefert am 04. JULI 1991

2. Um Zweifel auszuräumen, daß die zivile Anschlußnutzung von Militärflugplätzen durch eine Änderungsgenehmigung (§ 6 Abs. 4 Satz 2 Luftverkehrsgesetz) zulässig ist, fordert die Bundesrat die Bundesregierung auf, zeitgleich zu dem o. g. Gesetzentwurf eine klarstellende Novellierung des Luftverkehrsgesetzes anzustreben.

Da militärisch genutzte Flugplätze bereits angelegt sind, ist aus der Sicht des Bundesrates lediglich eine Zulassung für den zivilen Betrieb erforderlich. Hierfür genügt die Durchführung eines Genehmigungsänderungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung anstelle eines Planfeststellungsverfahrens, sofern keine wesentliche Änderungen oder Erweiterungen der Anlage vorgenommen werden.